

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

Protest gegen europäische "Einmischung"

Das chinesische Außenministerium forderte am 25. März das europäische Parlament in Straßburg auf, sich nicht länger in innerchinesische Angelegenheiten einzumischen. Gemeint war die "Resolution über Menschenrechte in Tibet", die vom EG-Parlament Anfang März erlassen worden war. Es handle sich bei der Tibet-Frage um eine rein innerchinesische Angelegenheit (XNA, 26.3.89).

Es ist schon merkwürdig, wie China sich einerseits für die verschiedensten unterdrückten Völker der Welt engagiert (man denke an die gerade wieder gegebenen Erklärungen zu Namibia) und wie es andererseits ohne die geringsten Bedenken das Unabhängigkeitsverlangen eines sowohl ethnisch wie kulturell von China völlig verschiedenen Volkes für eine rein innerchinesische Angelegenheit erklärt! Hier wird erneut deutlich, daß China neben der Sowjetunion das einzige Land ist, das auch am Ende des 20. Jhdts. noch Kolonien besitzt! Daß man es im übrigen in Beijing mit Menschenrechten nicht allzu genau nimmt, haben auch die Tiananmen-Zwischenfälle vom 3. und 4. Juni 1989 gezeigt! Während hier allerdings alle Welt als Beobachter beteiligt war, hat fast niemand die Ermordung von 256 Tibetern anlässlich des 30. Jahrestags des tibetischen Volksaufstands Anfang März 1989 zur Kenntnis genommen (Näheres dazu C.a., April 1989, Ü 6; XNA, 26.3.89). -we-

* (2)

"Hitlers Seele lebt weiter". Kommentare der Volkszeitung

Anlässlich des 100. Geburtstags des "Hauptkriminellen im Deutschland der Naziherrschaft", Adolf Hitlers, am

20. April brachte die *Volkszeitung* (RMRB, 20.4.89) einen Artikel, in dem das Fortleben nazistischer Tendenzen in der Bundesrepublik angesprochen wird. Während der Periode des Kalten Krieges Anfang der fünfziger Jahre hätten zahlreiche ehemalige Hitler-Anhänger "in einer neuerrichteten politischen Partei" Unterschlupf gefunden. In den sechziger Jahren hätten sie dann sogar eine eigene Partei gründen können, nämlich die NDP, die immerhin in sieben Landtagen Einzug fand. Diese ultrarechte Kraft sei im Begriffe, sich mit Hilfe "politischer, wirtschaftlicher und sozialer Faktoren" auszuweiten. Nach Informationen des BND sei die Zahl der organisierten Ultrarechten in den letzten Jahren von 17.000 auf inzwischen 25.000 Personen angestiegen. Auch ihre Publikationen hätten schnell zugenommen. Ihre Veröffentlichungen hätten in den Jahren 1986 und 1987 jeweils einen Zuwachs von 14% erlebt; insgesamt seien 9 Mio. Exemplare verkauft worden. Obwohl die Ultrarechten auf die politische Szenerie und auf die Gesellschaft bisher keinen entscheidenden Einfluß gewinnen konnten, zeige doch ihre bloße Existenz, daß die "Seele Hitlers noch keineswegs verschwunden ist". Nach dem von Beijinger Bürgern als "faschistisch" gebrandmarkten Massaker auf dem Tiananmen-Platz muß man dazu bemerken: "Ausgerechnet China!". -we-

* (3)

Die NATO in der Krise

Nach Meinung der *Volkszeitung* (RMRB, 6.4.89) befindet sich die NATO z.Zt. in einer Krise. Vor allem zwei Umstände seien dafür ursächlich, nämlich zum einen das Erstarken der europäischen Länder, die es nicht länger hinnehmen wollten, von den USA immer nur Befehle hinnehmen zu müssen, zum zweiten aber die Entspannungspolitik der Sowjetunion.

Unter diesen Umständen gelte es für die NATO, für das Verhältnis der Partner untereinander sowie für das

Selbstverständnis der Verteidigungsorganisation eine neue Rolle zu finden. Vor allem der Bundesrepublik komme innerhalb der NATO eine wachsende Bedeutung zu. Immer mehr versuche das Verteidigungsbündnis eine Neudefinition im Sinne einer "Konsolidierung der westlichen Solidarität auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet". -we-

* (4)

Wechselseitige Flottenbesuche

Einen Tag nach Abschluß des Gorbatschow-Besuchs in Shanghai lief eine U.S.-Flotille aus drei Schiffen zu einem Besuch in der ostchinesischen Hafenstadt ein. Dies war der zweite Besuch der US Navy seit 1949. Der erste hatte im November 1986 in Qingdao stattgefunden.

Am 11.4.1989 hatte im Gegenzug ein chinesischer Zerstörer einen amerikanischen Hafen angelaufen, nämlich Pearl Harbor auf Hawaii. Von chinesischer Seite wurde der Hawaii-Besuch als ein "neuer Startpunkt für freundschaftliche Beziehungen zwischen der chinesischen und einer ausländischen Kriegsmarine" bezeichnet (XNA, 1.4.89). Bei dem Schiff handelte es sich um ein Ausbildungsboot der Klasse Zheng He - benannt nach dem gleichnamigen Admiral, der zu Beginn der Ming-Zeit mehrere afrikanische Staaten besucht hatte (XNA, 1.4.89). -we-

* (5)

Beziehungen "neuer Art" zwischen China und Albanien

Zum ersten Mal seit dem Einfrieren der beiderseitigen Beziehungen Ende der 70iger Jahre ist wieder eine Regierungsdelegation Albanien nach China gekommen (28.-31.3.89). Während der Kulturrevolution waren die Beziehungen zwischen China und Albanien, die kurz vorher beide von Chruschtschow am schärfsten attackiert worden waren, so eng gewesen, daß es manchmal schien, als gebe es aus chinesischer Perzeption kein anderes Land auf der Welt als den 3-Millionen-Staat der Skipetaren.

Bereits bei der Machtübernahme durch Deng Xiaoping und bei Beginn der Reformen hatte der damalige albanische Parteiführer Enver Hodscha ideologische Kritik am neuen Kurs, vor allem an Deng Xiaoping, geübt - mit

der Folge, daß China schon kurze Zeit später all seine Experten und Berater aus dem Lande abzog.

Das Faß kam zum Überlaufen, als China dann im August 1977 auch noch einen der Hauptgegner Albanien, nämlich den jugoslawischen Parteiführer Tito, nach Beijing einlud.

Von da an ging Albanien zu China, von dem es bisher so substantielle Hilfe erhalten hatte, schnell auf Distanz (Einzelheiten zu diesem Prozeß Oskar Weggel, "Albanien und China: Von den Flitterwochen zum grauen Alltag", C.a., Februar 1977, S.30 ff.; "Albanien und China. Das Ende einer seltsamen Verbindung?", C.a., August 1977, S.480 ff.; "Tito feiert Peking", Oktober 1977, S. 662 ff.).

Nach dem Tode Enver Hodschas, vor allem aber seit Beginn der achtziger Jahre erfolgte dann eine erste Annäherung von Seiten Albanien. Bereits 1983 wurden die Handelsbeziehungen wieder aufgenommen, und zwar durch den Abschluß eines langfristigen Abkommens. Das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten lag seitdem bei durchschnittlich 40 Mio.US\$ pro Jahr.

Die jüngste Delegation (die erste seit Ende der siebziger Jahre) wurde von Muhamat Kaplani, einem stellvertretenden Außenminister, angeführt. Sein Gesprächspartner war der stellvertretende Außenminister Tian Zengpei. Beide Seiten beschlossen, Staatsbeziehungen eines "neuen Typs" anzustreben, und sie auf das Fundament der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" zu stellen (früher waren sie noch von "proletarischem Internationalismus" durchdrungen!). Außerdem solle der Außenhandel ausgeweitet werden (XNA, 28., 29. und 31.3.89).

War es ein Zufall, daß fast zur gleichen Zeit wie die albanische Delegation auch diesmal wiederum eine jugoslawische Delegation in China weilte? (XNA, 29.3.89). -we-

*(6)

Scharfer Protest der VRCh gegen die protokollarische Vorzugsbehandlung einer Taiwan-Delegation durch die Regierung von Neuguinea

Zwischen Papua-Neuguinea und der VR China bestehen diplomatische Beziehungen seit 1976. Als kürzlich eine taiwanesisch Handelsdelegation in

den südwestpazifischen Staat kam, wurde ihr dessen ungeachtet hohe protokollarische Behandlung zuteil - die Papuas wissen, daß sie sich wirtschaftlich einiges von dem so überaus erfolgreichen Taiwan erhoffen können.

Gegen diese Behandlung legte der VRCh-Botschafter scharfen Protest ein. Die energische Reaktion erfolgte nicht zuletzt deshalb, weil Ministerpräsident Somare während der letzten acht Monate bereits zweimal Taiwan besucht hatte. Dies geht den Vertretern der Volksrepublik offensichtlich zu weit (The Times of Papua New Guinea, 3.5.89).

Der Vorgang bestätigt Beijings eigene These, daß wirtschaftliche Attraktivität in der heutigen Welt mehr zählt als politische Macht. -we-

*(7)

Chinesischer Standpunkt zum internationalen Waffenhandel

Vor dem UNO-Abrüstungsausschuß (UNDC) gab der chinesische Vertreter Fan Guoxiang am 11.Mai den Standpunkt Chinas bekannt: (1) Verantwortungsbewußte Förderung der Selbstverteidigungsfähigkeit; (2) Unterstützung des gerechten Kampfs der "Völker der Kolonialländer" (sic!) und der von ausländischen Aggressoren unterdrückten Länder bei der Verwirklichung ihrer Autonomie; (3) die Waffenausfuhr solle den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität der einzelnen Regionen stärken; (4) strenges Verbot von Waffenlieferungen an solche Länder, die andere bedrohen; dies gelte auch für Lieferungen an ein rassistisches oder kolonialistisches Regime sowie an Länder, die den internationalen Drogenhandel und den internationalen Terrorismus fördern; (5) Entspannung der internationalen Lage, Ausmerzung der regionalen Konflikte und Verhinderung des Wetrüstens sowie Förderung der Abrüstung seien weitere Kriterien der Waffenausfuhr; (6) die Hauptwaffenexporteure der Welt, die USA und die UdSSR, müßten sich besonders wirksamen Selbstbeschränkungsmaßnahmen unterwerfen; (7) Waffenexporteure und -importeure sollen alles unternehmen, um eine vernünftige Neuordnung und Einschränkung des Waffenhandels zustande zu bringen; (8) die UNO habe bei dieser Neuordnung besondere Mitwirkungsaufgaben (BRu 1989, Nr.22, S.15, 33).

China hat hier wieder einmal schöne Worte für einen häßlichen Zustand gefunden, an dem es in den letzten Jahren kräftig mitverdient hat. Vor allem hat es sich mit seiner gleichzeitigen Belieferung des Iran und des Irak während des Golfkriegs nicht gerade ein Ruhmesblatt ausgeschrieben. -we-

*(8)

Beijing zur Unabhängigkeit Namibias

Am 1.April 1989 wurde die vom UNO-Sicherheitsrat gebilligte Resolution Nr.435 über die Unabhängigkeit von Namibia wirksam.

Das südwestafrikanische Gebiet, das heute unter dem Namen "Namibia" bekannt ist, wurde seit dem 15.Jhdt. nacheinander von Portugiesen, Briten, schließlich im 19.Jhdt. von Deutschen okkupiert. Nach der Niederlage des Deutschen Reiches wurde die Souveränität "Deutsch-Südwestafrikas" dem Völkerbund übertragen, und nach Gründung der UNO i.J. 1945 gelangte das frühere "Mandatsgebiet" unter treuhänderische UNO-Verwaltung. Südafrika freilich wollte den Unabhängigkeitstrend bremsen und annektierte das Gebiet i.J. 1949, woraufhin der Internationale Gerichtshof in Den Haag dieses Vorgehen für illegal erklärte.

Widerstand hatte es in dem okkupierten Gebiet schon lange gegeben. 1959 bildete das Ovambo-Volk eine revolutionäre Organisation, die SWAPO (Southwest African People's Organization). 1963 wurde die SWAPO von der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) anerkannt, 1973 auch von der UNO.

Seit 1976 wurde die Namibia-Frage des öfteren auf UNO-Vollversammlungen behandelt. U.a. kam es dabei zur Resolution Nr.435 vom 29.9.1978, in der verlangt wurde, daß die von Südafrika in Namibia illegal etablierten Verwaltungsorgane abgeschafft und die Macht dem namibischen Volk übertragen werde.

Südafrika hielt dagegen und suchte anstelle dieser Einmischung von außen einen "Entwurf zur inneren Lösung". Ende 1978 kam es zu Kongreßwahlen unter südafrikanischer Regie, die, wie es in der SWAPO-Sprache hieß, einen "Marionettenkongreß" hervorbrachte und auf eine Schein-"Unabhängigkeit Namibias" hinzielte.

Nicht zuletzt angesichts mehrerer amerikanischer Interventionen verdingt dieser südafrikanische Plan nicht. Statt dessen kam es am 28. und 29. Januar 1988 zu einem dreiseitigen Abkommen zwischen Angola, Kuba und Südafrika, in dem vereinbart wurde, daß Südafrika und Kuba ihre Einheiten aus Namibia abziehen, und daß in Namibia freie Wahlen stattfinden und daß alle Parteien die territoriale Integrität Namibias achten sollten. Ferner sollten die kubanischen Truppen aus Namibia abgezogen werden.

Die UNO-Resolution sowie das dreiseitige Abkommen gelten aus der Sicht Chinas als der große Durchbruch auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung der Namibia-Frage. China habe, wie es heißt, den gerechten Kampf des namibischen Volkes unter Führung der SWAPO für nationale Unabhängigkeit und Befreiung ständig unterstützt. China habe auch die unrechtmäßige Besetzung von Namibia und die Ablehnung der verschiedenen UNO-Resolutionen durch Südafrika entschieden verurteilt.

Leider gebe es nach wie vor drei schwere Probleme für die Zukunft Namibias: (1) Seine Wirtschaft (Diamanten und Uranerzbergwerke, Banken und Eisenbahnen) würden fast vollständig von Südafrika kontrolliert; (2) nach wie vor gebe es zu viele und zu verschiedene politische Strömungen im Lande, vor allem aber Konflikte zwischen den Stämmen sowie zwischen einigen Stämmen und der SWAPO; (3) nicht zuletzt aber fehlt es den SWAPO-Mitgliedern an Erfahrung.

Die Lösung aller drei Probleme sei eine Grundbedingung für die politische Unabhängigkeit Namibias und für eine weitere sichere und stabile Entwicklung. China wolle diesen Prozeß nach Kräften unterstützen (C.D., 7.4.89). -we-

Innenpolitik

Die innenpolitischen Ereignisse des Mai werden schwerpunktmäßig in den Themen dargestellt, die Übersichten für die Innenpolitik entfallen daher.

Kultur

*(9)

Wang Meng fordert stärkere Kontrolle des Kulturaustausches mit dem Ausland

Anlässlich der Eröffnung einer Nationalen Arbeitskonferenz über den Kulturaustausch mit dem Ausland forderte Kulturminister Wang Meng eine verstärkte Kontrolle des Kulturaustausches und den Erlass entsprechender Gesetze, damit eine reibungslose Entwicklung gewährleistet werde.

Wang Meng hob in seiner Rede hervor, daß die zuständigen Provinzbehörden bei der Belegung des Kulturaustausches allerorts Erfolge erzielt hätten. Dabei seien jedoch einige Probleme entstanden. Sie rührten hauptsächlich daher, daß manche Provinzbehörden bei der Entsendung chinesischer und der Einladung ausländischer Künstlerensembles oder einzelner Künstler die nötige Sorgfaltspflicht vermissen ließen. Eigenmächtig schlossen sie Verträge mit ausländischen Organisationen oder Agenten ab, ohne die Zentralbehörde zu informieren und die Kontrakte von ihr prüfen und genehmigen zu lassen. Er hoffe, daß bald gesetzliche Bestimmungen erlassen würden, die der jetzt herrschenden Verwirrung ein Ende machten (RMRB, 2.5.89).

Die angestrebten Reformen im kulturellen und künstlerischen Bereich, die eine Dezentralisierung der Verwaltung und die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Einheiten vorsehen (vgl. C.a., 1985/4, Ü 23), haben in den letzten vier Jahren kaum Fortschritte gemacht. Vor allem fehlt es an Gesetzen, die die Kompetenzen und Befugnisse des Kulturministeriums, der ihm untergeordneten Provinzbehörden und der einzelnen Einheiten festlegen. Manche Provinzbehörden schicken ihre Künstler und Ensembles unter Umgehung der Zentralbehörde zu Gastspielen ins Ausland oder holen in eigener Regie ausländische Künstler ins Land. Dadurch entgleitet der Regierung die Kontrolle über den Kulturaustausch mit dem Ausland, der - auch wegen des von konservativen Funktionären immer wieder propagierten Kampfes gegen Verwestlichung und bürgerliche Liberalisierungstendenzen - einen besonders problematischen Bereich der Kulturarbeit darstellt. -cre-

*(10)

Beijinger Journalisten richten Petition an das Zentralkomitee

Am 9. Mai 1989 wurde dem Sekretariat der Chinesischen Journalistenvereinigung eine von 1.013 Beijinger Journalisten unterzeichnete Petition übergeben, in der sie einen Dialog mit führenden Vertretern der Propagandaabteilung des ZK fordern. Zu den Unterzeichnern zählten Journalisten von mehr als 30 Beijinger Einheiten des Nachrichtenwesens, einschließlich der *Volkszeitung*, der *Xinhua-Nachrichtenagentur*, der *Wirtschaftszeitung*, der *Chinesischen Jugend-Zeitung*, der *Guangming-Zeitung*, der *Beijing-Zeitung* und der *Beijing-Abendzeitung*.

Über drei Punkte, so heißt es in der Petition, sei mit der Partei zu sprechen:

1. Die Entlassung von Qin Benli als Chefredakteur des für seine kritische Berichterstattung bekannten *Shanghai Weltwirtschaftsboten* durch das Shanghai Parteikomitee, die im In- und Ausland starke Reaktionen hervorgerufen habe.
2. Das Versagen der chinesischen Presse, objektiv, fair und umfassend über die Aktivitäten der Studenten in den letzten Wochen zu berichten. Dieses Versagen, das auf mehrere Gründe zurückzuführen sei, habe eine Verschlechterung der Situation bewirkt und das auf dem 13. Parteitag der KPCh verkündete Prinzip verletzt, nach dem wichtige Ereignisse dem Volk bekanntzumachen sind.
3. Der Sprecher des Staatsrats Yuan Mu habe während seines Dialogs mit Studenten am 29. April in Beijing erklärt, daß die Chefredakteure für den Inhalt ihrer Zeitungen verantwortlich seien. Das entsprechende nicht den Tatsachen. Es sei dringend erforderlich, dieses Problem im Zuge der Reform des Nachrichtenwesens zu lösen.

Zwei Mitglieder des Sekretariats der Chinesischen Journalistenvereinigung, Yang Yi und Tang Fei, empfingen die Pressevertreter, die die Petition übergaben. Dabei erklärte Guo Jiakuan, Leiter der Korrespondentenabteilung der *Chinesischen Jugend-Zeitung*, daß die Unterzeichner nicht im Namen ihrer Redaktionen, sondern als Einzelpersonen gehandelt hätten. Diese Petition, so fügte er hinzu, entspreche dem Geist der Rede Zhao Ziyangs vom 4. Mai 1989.